

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Gesundheit und Lebensumstände bei Menschen mit Migrationshintergrund
 2021/183

vom 8. August 2023

1. Ausgangslage

In seinem am 25. März 2021 eingereichten Postulat identifiziert Marco Agostini für Menschen mit Migrationshintergrund verschiedene Hürden und Schwierigkeiten in vielen Lebensbereichen. Dies bedeutet für die Betroffenen eine schwere Belastung und wirkt sich oft negativ auf ihre physische und psychische Gesundheit aus. Daraus entstehen automatisch mehr Besuche bei Ärzten und in Spitälern, Arbeitsausfälle und höhere Gesundheitskosten. Das Postulat, vom Landrat am 4. November 2021 überwiesen, fordert den Regierungsrat dazu auf, zu prüfen, wie die allgemeine Gesundheit und die Lebensumstände der Menschen mit Migrationshintergrund verbessert und entsprechend die nötigen Massnahmen zielgerichtet umgesetzt werden können.

Der Regierungsrat hält in seinem Bericht fest, dass die im Postulat aufgeworfene Problemlage durch zahlreiche Untersuchungen und Statistiken belegt ist. Im Fokus der Benachteiligung liegt jedoch nicht die Migration an sich, sondern die damit verbundene niedrigere sozioökonomische Lage und soziokulturelle Integration dieser Personen. Diese hat vielfältige Ursachen wie niedrigerer Bildungsstand, tiefere Einkommen, prekäre Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit oder Familienstrukturen. Demzufolge kann eine Verbesserung der Lage der von Benachteiligung betroffener Bevölkerungsschichten nicht ausschliesslich eine Aufgabe des Gesundheitswesens sein, sondern betrifft neben den Integrationsbemühungen alle Politikbereiche, insbesondere die Bildung und den Arbeitsbereich, aber auch beispielsweise das Wohnungswesen oder den Sicherheitsbereich.

Der Kanton strebt mit kantonalen Strategien und vielfältigen Angeboten an, die Benachteiligung von Personen mit Migrationshintergrund zu reduzieren. Der Regierungsrat versteht das Postulat im Einklang mit seiner Langfristplanung jedoch auch als Auftrag, die bestehenden Bemühungen fortzuführen und dort zu verstärken, wo Handlungsbedarf erkannt wird. Die zuständigen Stellen werden beauftragt, bei ihren Aufgaben und neuen Vorhaben den spezifischen Bedürfnissen dieser Population besondere Beachtung zu schenken. Dabei stellen u.a. die Verfügbarkeit von Informationen und Angebote in einfacher Sprache – ohne Fachjargon – und je nach Zielgruppe in deren Herkunftssprache zur besseren Orientierung und Verständnis eine wichtige Basis dar. Ein weiterer Fortschritt soll durch die Aufnahme des Gesundheitsbereichs in das Kantonale Integrationsprogramm (KIP 3) erzielt werden. Weitere zu sensibilisierende Angebote des Kantons betreffen die Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen, Aids-Hilfe beider Basel und das Projekt Mädchenbeschneidung. Die Spitäler der Region sollen zudem ermuntert werden, Mitglied beim Netzwerk Swiss Network for Equity zu werden. Der Einbezug von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die Anhörung und Mitwirkung von Betroffenen durch partizipative Prozesse sind weitere anstrebenswerte Schritte.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 30. Juni 2023 im Beisein von Regierungsrat Thomas Weber und VGD-Generalsekretär Olivier Kungler sowie Jürg Sommer, Leiter Amt für Gesundheit, und Irène Renz, Leiterin der Abt. Gesundheitsförderung im Amt für Gesundheit.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission verdankte die gute Auslegeordnung, die es ermöglicht, das Thema der psychischen und körperlichen Gesundheit bei Menschen mit Migrationshintergrund in einem grösseren Zusammenhang zu betrachten und die teils komplexen Zusammenhänge besser zu erfassen. Im Hinblick auf das gesellschaftlich so relevante wie umstrittene Thema entschied sich eine Fraktion, das Postulat nicht abzuschreiben, sondern mittels einer Gegenstimme eine Debatte im Landrat zu ermöglichen.

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass zwar ein deutlicher Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Gesundheit zu erkennen ist, dass dieser jedoch nicht kausal zu verstehen ist. Auswertungen zeigen, dass Menschen aus Südwest-/Südosteuropa am stärksten z. B. psychisch belastet oder am ehesten von Adipositas betroffen sind. Die unterschiedliche Verteilung gesundheitlicher Risiken ist jedoch keine Frage der Herkunft, wie die Direktion aufzeigen konnte, sondern hat in erster Linie mit der Menge an Bildungskapital und dem sozioökonomischen Status der Person zu tun. Da aus südöst-/westlichen Regionen eingewanderte Menschen tendenziell über ein geringeres Einkommen und Bildungsnachteile verfügen, führt dies auch eher zum beobachteten Phänomen, das bei einheimischen Menschen mit denselben Voraussetzungen ähnlich ausgeprägt zu beobachten wäre.

Ein Kommissionsmitglied wies auf den Umstand hin, dass das Personal in Praxen und Spitälern häufig mit Frauen mit Migrationshintergrund konfrontiert ist, die, von der männlichen Verwandtschaft abgeschirmt, kaum die deutsche Sprache beherrschen und überhaupt nur schwer erreichbar sind. Häufig resultiert deren isolierte Situation in Depressionen und Angstzuständen, was dazu führt, dass sie medizinische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Gemäss Bundesamt für Statistik zeigt ein Drittel der Frauen aus Südwesteuropa Anzeichen für einen mittleren bis hohen Grad an psychischer Belastung, deutlich mehr als Frauen mit einem schweizerischen Hintergrund (17 %). Die Direktion bestätigte diese Beobachtung. Im Kantonalen Integrationsprogramm (KIP 3) ist auch eine Massnahme enthalten, um das Gesundheitspersonal für diese Situationen zu sensibilisieren und im Umgang mit den betroffenen Personen zu schulen, wozu auch der Einsatz von interkulturell Dolmetschenden gehört. Diese Massnahme soll mit einem namhaften Betrag über 4 Jahre ermöglicht werden und, sofern die Gelder dazu freigegeben sind, ab 2024 starten. Die Psychiatrie Basel-land (PBL) ist laut Direktion bereits vorbildlich unterwegs, eigene pflegende und ärztliche Angestellte mit Migrationshintergrund für diese interkulturellen Dolmetscherdienste einzubinden; ebenso das mit dem Label «Swiss Hospitals for Equity» ausgezeichnete UKBB. Das Equity-Netzwerk setzt sich gemeinsam mit dem BAG für einen gleichberechtigten Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Versorgung für alle Patientinnen und Patienten ein, unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache oder der sozioökonomischen Situation.

Ein kleiner Teil der Kommission hielt fest, dass das üppig vorhandene und vielseitige Angebot an Massnahmen bei gleichzeitig fortdauernd hoher Belastung den Schluss zulasse, dass es letztlich zu wenig wahrgenommen werde. Ein Kommissionsmitglied konstatierte hier einen Unwillen, sich in die Gesellschaft zu integrieren, was insbesondere aufgrund der Tatsache bedauerlich sei, dass die dadurch entstehenden Kosten auf die Allgemeinheit zurückfallen. Es solle nicht ausser Acht gelassen werden, so das Mitglied, dass die Migration nicht nur als Chance für den Arbeitsmarkt, son-

dern auch als Risiko in Bezug auf dadurch entstehende Mehrkosten unter anderem im Gesundheitsbereich gesehen werden müsse.

3. Antrag an den Landrat

Die Kommission beantragt mit 11:1 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Postulat abzuschreiben.

08.08.2023 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Balz Stückelberger, Präsident (bis 30. Juni 2023)